

Reisekosten auf Ausnahme der Montage und der Tage nach den Reisen liegen. Abonnementpreis für Danzig monatl. 30 Pf.
(möglich frei ins Haus), in den Abschaffungen und die Expedition abgebaut 20 Pf.
Vierteljährlich
30 Pf. frei ins Haus,
30 Pf. bei Abholung.
Durch alle Postanstalten
1,80 M. pro Quartal, mit Briefträgerbefestigung
1 M. 62 Pf.
Sprechstunden der Redaktion
11-12 Uhr Vorm.
Neuerhagergasse Nr. 4.
XX. Jahrgang.

Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.
Organ für Jedermann aus dem Volke.

Das „Unterscheidungsalter“.

In dem Entwurf eines Gesetzes betreffend die Freiheit der Religionsübung (dem Toleranzantrag des Centrums) befindet sich folgender § 2c.: „Nach beendetem 14. Lebensjahr steht dem Ainde die Entscheidung über sein religiöses Bekennniß zu.“

Diese Bestimmung ist in der Presse mehrfach beanstandet worden, weil sie dem Ainde eine Entscheidung zuweist, zu der ein reiferes Urteil, als das Kindesalter zu bestehen pflege, erforderlich sei, und weil die proselytenmacher jungen und unerfahrenen Menschen gegenüber, die die Tragweite ihrer Entschließungen nicht zu übersehen vermöchten, ein leichteres Spiel habe, als bei älteren, die durch die Erfahrung in ihren Überzeugungen schon mehr bestigt seien. Auch wird es als widersinnig bezeichnet, daß junge Leute, die noch auf Jahre hinaus als minderjährig und eines Vormundes bedürftig angesehen würden und deshalb keine Rechtsgeschäfte abschließen könnten, in einer der wichtigsten Anlegerheiten selbständige Entscheidung zu treffen berechtigt sein sollten, ohne auf Eltern oder Vormund hören zu müssen.

Diese Bedenken werden von einzelnen Seiten in der Annahme geltend gemacht, daß mit dem Besluß der Commission etwas ganz Neues geschaffen werden sollte, von anderen, daß damit einem zur Förderung der Missionstätigkeit und der Proselytenmacherie gestellten Anträge des Centrums entsprochen worden sei. Beides ist irrig. Das Centrum hatte in seinem „Toleranzantrag“ vorgeschlagen, daß dem Ainde die Entscheidung über sein religiöses Bekennniß schon nach beendetem zwölften Jahre zustehen sollte. Dieser Vorschlag wurde damit begründet, daß man „möglichst früh alle Einmischung des Staates in diese Frage abschneiden“ wollte und „in verschiedenen Diözesen der katholischen Kirche schon von dem zwölften Lebensjahr die Zulassung zum Communionsunterricht stattfinde, das Aind also für religiös reif erklärt werde“. Der Vorschlag wurde aber in der Commission mit 12 gegen 8 Stimmen abgelehnt; mit dem Centrum haben dabei wohl nur die sozialdemokratischen Mitglieder gestimmt.

Ein Aind im Alter von 12 Jahren ist fast immer noch unfähig, eine Entscheidung über sein religiöses Bekennniß zu treffen; Bedenken dagegen, daß ein Alter von 14 Jahren als das sogenannte Unterscheidungsalter vom Gesetz festgestellt werde, sind auch nicht ohne Weiteres von der Hand zu weisen. Wenn die Commission trotzdem unter Ablehnung der Anträge, die das Unterscheidungsalter auf 16, 18 und 21 Jahre hinausschieben wollten, sich mit 16 gegen 8 Stimmen für das 14. Lebensjahr entschieden hat, so war dafür die Thatache maßgebend, daß nach Vollendung des 14. Lebensjahres schon jetzt im weitaus größten Theile Deutschlands dem Ainde die Entscheidung über sein religiöses Bekennniß zusteht, und daß sich beiderseitige Uebelstände durchaus nicht ergeben haben. Im ganzen Gebiete des preußischen allgemeinen Landrechts, in Hannover, der Rheinprovinz, Nassau, Hessen, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Braunschweig, Schwarzburg-Rudolstadt und Lippe ist dieser Satz geschichtlich festgelegt, in Württemberg, Hohenlohe, Schleswig-Holstein, Neuvorpommern, Hessen-

Homburg fehlen gesetzliche Bestimmungen, doch hält man in der Praxis gleichfalls an der Vollendung des 14. Lebensjahres fest; in Österreich ist als Unterscheidungsalter auch das vollendete 14. Lebensjahr gesetzlich festgelegt. Das vollendete 16. Lebensjahr gilt in Baden, Frankfurt a. M., Schwarzburg-Sondershausen und Lübeck, das 18. in Hessen, Sachsen-Weimar, Sachsen-Coburg-Gotha und Waldeck, das 21. endlich in Bayern, Sachsen und beiden Reuß.

Auffällenderweise kommen gerade aus dem vorzugsweise evangelischen Sachsen die meisten Klagen über Proselytenmacherie, und doch ist dort die Verleitung zum Übertritt von der „competenten Obrigkeit“ mit 50 Thalern Geldbuße „und im Wiederholungsfalle noch härter, bei Geistlichen irgend einer Confession aber mit Dienstentziehung“ zu bestrafen.

Politische Tageschau.

Danzig, 4. Juli.

Der neue Oberpräsident von Ostpreußen.

Berlin, 4. Juli. Nach der „Röhl. Ztg.“ ist der Regierungspräsident in Köln, Frhr. v. Röthofen, zum Oberpräsidenten von Ostpreußen aussersehen. Die „Röhl. Ztg.“ bemerkt im Anschluß daran:

Die Nachricht wird in unserer Provinz sehr gemischte Gefühle hervorrufen. Man kennt Herrn v. Röthofen aus seiner langjährigen Wirksamkeit am Rhein so gut, man weiß seine großen Tugenden und Vorteile, sein hervorragendes Verwaltungstalent, seinen weiten Blick, seinen gerechten Sinn, seinen vornehmen Charakter, seine reichen und vielseitigen Kenntnisse viel zu sehr zu würdigen, um nicht zu verstehen, daß gerade auf ihn die Wahl des Königs für das durch den Tod Wilhelm Bismarcks erledigte hohe Staatsamt fallen müsste. War es doch schon vor mehreren Jahren bekannt geworden, daß unser Kaiser an ihn den Ruf hatte ergehen lassen, Minister des Innern als Nachfolger des Herrn v. Kölle zu werden, und daß damals nur schwere Krankheit dem Frhrn. v. Röthofen die Übernahme dieses Ministeriums unmöglich machte. Jetzt, wo diese Krankheit gehoben ist, hat Röthofen einen neuen ihn auszeichnenden Auf erhalten, und für ihn ist jetzt die Annahme außer Frage. Aber so sehr man sich am Rhein über diese Auszeichnung des vortrefflichen Beamten freuen wird, so natürlich ist es, daß man ihn hier nur sehr ungern scheiden sieht. Ueberall hat er sich warme Freunde und aufrichtige Verehrer erworben. Noch heute weiß man im Saarrevier in vielen Schichten der Bevölkerung seiner umfassenden Wirksamkeit als Landrat ein Lobgesang zu singen. In Lippe, wo er von 1885 bis 1889 als Cabinetsminister thätig war, ist es ihm zwar nicht gelungen, den Ausgleich zwischen dem Fürsten und der Opposition zu vermitteln, aber er hat sich doch das beste Gedanken bewahrt. Als er dann von 1889 bis 1894 als Oberregierungsrath bei der königlichen Regierung zu Potsdam thätig war, zeichnete er sich vor allem bei der Bekämpfung der Cholera-gefahr aus, die in dem Jahre 1892 von Hamburg aus das ganze deutsche Reich beunruhigte. Zum Reichscommissar für die Gesundheitspflege im

mit Wohlthaten in der Zeit — gewiß, und was ich gesagt wurde, verdanke ich dir! Du erschienst mir ja damals schon stärker und besser als die anderen, eine Art Magier, ein fester, furchtloser Geist, den niedrige Geister erschreckt wurden. Denn schon in der Schule sah ich, wie sie mit ihren Heimlichkeiten aufhörten und ihnen die aufgedunsenen Toten in der Aehle stechen blieben, sobald du in die Klasse tratest, mich heimzuholen. Du sprachst mir dann vom Ovid, den wir zusammen lasen, du versuchtest mich in der Weitweisheit eines Lessing einzuführen, aber von dir sprachst du mir nicht. Dann kamen die Jahre in Köln! Wie habe ich dich gerade da geliebt! Alles, was an Gutem und Starkem in mir war, dir wandte ich es zu. So lohnte ich dir deine Freundschaft. Ich gab dir alles, was ich besaß, du gabst mir nichts, oder doch so gut wie nichts, denn du berechnetest, was du mir gabst. Oder glaubst du, ich hätte die Geringfügigkeit deines Lächelns nicht empfunden — die einzige Antwort, die du für mich befestest, wenn wir Arm in Arm gingen und ich dir vor schwatzte von dem, was mir das Herz bewegte und mich so ganz gefangen nahm?"

Tornow bemühte sich, ruhig und leidenschaftslos zu sprechen, es gelang ihm nicht.

„Das alles wurde ich dir verzeihen“, schloß er bitter, „aber diese lehre, sieben Jahre lange Täufung, die verzeihe ich dir nicht. Du konntest mich bei Seite schließen, als der Feiertag deines Lebens kam, du brauchtest mich nicht, als du darbstest. Halte mich nicht für sentimental, aber ich meine, ein solches Verhältnis muß auf Gegenseitigkeit beruhen, und so hat das unsere keinen Werth mehr für mich!“

„Albrecht!“ sagte Meindorf außer sich.

„Nein!“ rief der Jüngere. „Ich bin kein Spielzeug, und ich bin nicht zum Zeitvertreib da!“

„Das warst du mir nie!“ antwortete Meindorf. „Es liegt wie ein Fluch auf mir, dieses Nichtredenkönnen, und ich empfinde ihn heute stärker wie je. Bei dir, ja, da ist es etwas anderes, das macht schon den Ton der Musik, aber bei mir würde das, was ich empfinde, hart und klanglos, vielleicht gar entwischen, herauskommen. Und was ich für dich empfand, Albrecht, das kann ich dir nicht beschreiben!“

„Ost bei ganz geringen Anlässen erfaßt mich dieses Gefühl. Ent-“

Elbstrom-Gebiet ernannt, hat er sich als solcher das allseitige Vertrauen erworben. Seit 1894, also seit sieben Jahren, ist er als Regierungspräsident in Köln thätig mit den besten Erfolgen. Nie hat er versagt, wenn man seine Mitwirkung in Fragen der staatlichen Fürsorge nachgesucht hat, nie ist er als Parteimann erkannt worden. Vor allem verdient hervorgehoben zu werden, daß er der Selbstverwaltung der Gemeinden eine freie Entwicklung ermöglicht hat.

Seit dem vor fünf Jahren eingetretenen Tode seines Vaters ist er der Chef der ältesten Linie seiner Familie. Er ist in Schlesien geboren, unvermählt geblieben, 59 Jahre alt. Auf seinem neuen Posten in Königsberg harren seiner besonders schwierige Verhältnisse. Er wird sich rasch dort einarbeiten müssen, zumal schon in zwei Monaten die Kaiserin an der dort stattfinden und die Erinnerung an die 200-jährige Königswoche bei Anwesenheit des Kaiserpaars besonders in den Vordergrund treten wird.

Röthofen steht in politischer Hinsicht allen Fraktionen fern. Er hat sich als Verwaltungsbeamter immer seine volle Unabhängigkeit von jedem Fraktionswesen bewahrt. Deshalb ist es ihm auch am Rhein gelungen, sich sowohl bei den Liberalen wie bei den Ultramontanen volles Vertrauen zu erwerben. Außerdem hat er sich von jenem kleinkleinlichen Bureaucratismus freigesetzt, der namentlich in den letzten Jahren unter Miguel wieder aufs neue in unangenehmster Weise sich fühlbar gemacht hat.

Eine neue Colonialerwerbung in Sicht?

Nach dem Zusammenbruch Spaniens als Colonialmacht wurde der Plan angeregt und seine Ausführung in Angriff genommen, die im Golfe von Guinea bei Kamerun gelegene, den Spaniern gehörige Insel Fernando Poo in den Kreis der deutschen Interessen zu ziehen. Von verschiedenen privaten Seiten sind nach dieser Richtung Versuche gemacht worden, besonders als Spanien durch Verkauf der Carolinen und Marianen seine Bereitswilligkeit zeigte, sich von einem weiteren Theile seines Colonialbesitzes gutwillig zu trennen. Nun bringt soeben die „Colon. Zeitschrift“ in Berlin die Mittheilung, daß Spanien der deutschen Regierung das Vorkaufsrecht über Fernando Poo eingeräumt hat. Somit ist diese Tropeninsel vielleicht berufen, noch einmal in der deutschen Colonialpolitik eine Rolle zu spielen. Es hat sich neuerdings ein Fernando Poo-Comité gebildet, welches günstige Gelegenheiten ausnützen und auf der gewonnenen Grundlage weiter arbeiten will.

Die Insel Fernando Poo ist etwa 2000 Quadratkilometer groß, 55 Kilom. lang und 27 Kilom. breit, von Bergketten durchzogen, die bis 2800 Meter steigen, vulkanisch, sehr wasserreich und fruchtbar, aber an den Küsten auch sehr ungesund, reich an Teak- und Farbhölzern. Die Zahl der ganz uncultivirten Bewohner wird auf 30 000 geschätzt. Gebaut werden Sieberrinde, Kaffee, Baumwolle, Tabak, Zuckerrohr. Der Handel ist gering und scheint noch abzunehmen. Der Hauptort Santa Isabel (auch Port Clarence geheißen von der Zeit — 1827 —, wo sich die Engländer zeitweilig hier niedergelassen hatten) liegt an der

Nordseite der Insel. Der spanische Militärarzt Montaldo hat ein ziemlich klägliches Bild von dieser Stadt und der Insel überhaupt entworfen. Die Häuser verfallen allmählich, der Gouverneur hat sich aus Mangel einer Stadtwohnung in eine hochliegende Plantage zurückgezogen, wo aber nichts mehr gepflanzt wird. Es gibt auf der Insel keine Straßen, keine Hafenanlagen, kein brauchbares Hospital. Wenn Spanien sich daher dieses Besitzes endlich entäußern will und dafür gut bezahlt bekommt, so macht es kein schlechtes Geschäft, und wir — kein sonderlich gutes, wenn wir etwa wieder, wie für die an Quadratkilometern gleichgroßen Carolinen 25 Millionen Peetas dafür bezahlen sollten.

Der Siegeszug der 45-tägigen Rückfahrtkarten.

Berlin, 3. Juli. Vom 4. Juli ab wird auch für den Verkehr der Reichseisenbahnen mit den preußischen Staatseisenbahnen die Geltungsdauer der Rückfahrtkarten auf 45 Tage verlängert; denselben Beschluß hat die Main-Nekarbahn, ferner die württembergische Eisenbahnverwaltung und die mecklenburgische General-Eisenbahn-Direktion gefaßt. Nunmehr haben alle außerpreußischen Bahnenverwaltungen Deutschlands die Einführung der 45-tägigen Rückfahrtkarten beschlossen. Ein Fortschritt von nationaler Bedeutung ist damit erzielt und daraus, daß die deutschen Mittelstaaten keinen Augenblick gezögert haben, in der Frage der Rückfahrtkarten den Anschluß an die preußische Eisenbahnpolitik zu gewinnen, geht klar und deutlich hervor, daß die letztere von den besten Sympathien des deutschen Volkes getragen wird, wenn sie eine wirklich nationale, wirtschaftlich gebotene und nicht rein fiskalische ist. Indem sie mit der bisher begoltenen alzu fiskalischen Rücksichtnahme auf die Eisenbahninnahmen gebrochen hat, hilft sie den Weg bahnen zu einer im inneren Verkehrsinteresse ganz Deutschlands liegenden Eisenbahnarbeitspolitik, die geboten ist durch den Umstand, daß das deutsche Reich ein einheitliches Wirtschaftsgebiet bildet. Die Zoll- und Steuerpolitik des Reiches übt einen großen Einfluß auch auf das mehr oder minder große Prosperität der einzelstaatlichen Eisenbahnen. Es ist deshalb so nothwendig wie möglich, daß man in Bezug auf sie nachgerade zu einer Gemeinschaft gelangt, die sich wenigstens auf die einheitliche Bevahrung des Tarifwesens erstreckt.

Die belgische Sozialdemokratie und das gleiche Wahlrecht.

Der Generalrat der belgischen Arbeiterpartei richtete gestern eine Aufforderung an das belgische Volk, in welcher es heißt, das Volk werde sich das gleiche Wahlrecht erobern. Zugleich werden alle sozialistischen Verbände des Landes aufgerufen, bei Wiederaufzunahme der Kammer überall Versammlungen und Aufforderungen zu veranstalten. Die Aufforderung schließt mit der Ankündigung, die Arbeiterparteien würden, wenn die gesetzlichen friedlichen Mittel fehlgeschlagen, vor einer Revolution nicht zurücktreten.

Verstärkung der englischen Mittelmeerflotte.

Bei der gestrigen Berathung des englischen Unterhauses über das Budget der Admiraltät

Städtchen herauf, müde und grau. Meindorf lag schlaflos auf seinem Bett und beobachtete durch die Vorhänge hindurch das Zunehmen des Tageslichtes, seine ruhelosen Gedanken hatten durch all die Stunden hindurch die geliebte Frau begleitet. Er hatte durch den Burschen erfahren, daß sie, ohne jemand begegnet zu sein, den Bahnhof erreicht hatten und auch dort nicht erkannt worden waren. Er wußte sie also jetzt in Sicherheit. Das Licht nahm zu, er warf einen Blick auf den fest schlafenden Vetter und erhob sich leise. Es wurde Zeit zum Ankleiden, denn er hatte mit dem Obersleutnant die sechste Morgenstunde zum Ausritt verabredet. Rauch und geräuschlos zog er sich an und ging in sein Zimmer hinüber, in dem der Bursche bereits für Kaffee gesorgt hatte. Als er an dem Spiegel vorüberkam, blieb er stehen und fürchte die Stirne, der gestrige Abend und die darauf folgende Nacht hatten ihre Spuren in seinem Gesicht zurückgelassen. Er warf sich in den Sessel, in dem am Abend vorher die mädchenhafte Gestalt der jungen Frau geruht hatte, riss aus seinem Taschenbuch eine Seite und schrieb auf einer Zeile darauf.

„Wir werden kaum vor Abend zurück sein, lieber Albrecht! Bitte, suche bis dahin in Erfahrung zu bringen, ob von den gestrigen Ereignissen das Geringste bekannt geworden ist. Diese Jetz vernichte.“

Er schob die Seite in ein Couvert und siegelte dasselbe sorgfältig, dann legte er den Brief auf Tornows Frühstücksteller und trug dem Burschen auf, dem Herrn Leutnant das Schreiben, sobald er aufgestanden sei, zu übergeben. Er trank im Stehen seinen Kaffee aus und ging noch einmal in das gemeinsame Schlafzimmer hinüber.

Der junge Vetter schlief noch den Schlaf des Gerechten. Meindorf trat an sein Bett und lächelte unwillkürlich, als er die heitere Gesichtsah, es erschien ihm wie die verkörperte Kraft und Jugend. Er gedachte des gestrigen Abends, und noch einmal erschien ihm der Druck und die ganze Angst des Augenblicks, da sich das Herz des Freunde von ihm wandte. Einer plötzlichen Eingebung folgend, zog er seinen Ring vom Finger und legte ihn neben das Bett des Schläfenden. Dann verließ er leise das Zimmer und bestieg sein Pferd.

(Fortsetzung folgt.)

wies Lucas auf den gegenwärtigen Bestand des Mittelmeergeschwaders hin und ersuchte die Regierung um eine Erklärung zur Beschwichtigung der Stärke dieser Flotte hervorgerufenen Beunruhigung. Dilke sprach sich fadelnd dagegen aus, dass Aufwendungen für Landesverteidigungsarbeiten gemacht werden sollten statt für die Flotte. Verburgh wünschte zu wissen, ob es etwa absichtliche Politik der Admirälmöglichkeit sei, die Flotte in einem Stande zu erhalten, der es ihr unmöglich mache, einem möglichen Zusammensehen Frankreichs und Russlands die Spitze zu bieten. Russland, das tatsächlich jetzt die Dardanellen beherrsche, habe im Schwarzen Meer eine Flotte von ungefähr 10 Schlachtschiffen. Frankreich habe ungefähr 14 Schlachtschiffe in Toulon, England habe aber nur 10 Schlachtschiffe im Mittelmeer. Der Parlamentsscretär der Admirälmöglichkeit Arnold Forster wies darauf hin, dass die Frage der Mittelmeerflotte nicht getrennt von der allgemeinen Frage der Vertheilung der Flotte erörtert werden könne. Hinsichtlich dieser Frage wolle er keine Erklärung abgeben. Es sei unmöglich, eine Station zu verstärken, ohne einer anderen Station oder der Reserve-Schiffe zu entziehen; es werde jedoch beabsichtigt, wenn die Zahl der Schlachtschiffe in der Heimat durch den Eintritt neuer Schlachtschiffe erhöht sein werde, die Mittelmeerflotte zu verstärken. Die neuen Schlachtschiffe würden die bereits dort befindlichen Schiffe erschöpfen, und wenn die neuen Kreuzer dienstbereit sein würden, dann werde es möglich sein, die Mittelmeerflotte in einer Weise zu vermehren, die ihre Stärke wesentlich erhöhen würde; ferner werde beabsichtigt, die Zahl der Torpedobootszerstörer zu vermehren. Die Politik der Admirälmöglichkeit sei unverändert; die Admirälmöglichkeit sei sich ihrer Pflichten durchaus bewusst. Die Vorstellungen der Admirale der Mittelmeerflotte würden voll in Erwägung gezogen. Ferner erklärte Forster, die Admirälmöglichkeit beabsichtige, um die Einheit der Action zwischen Kanal- und Mittelmeerflotte herbeizuführen, beide Flotten wieder zusammen manövriren zu lassen. Diese Maßregel werde jenen Einklang hervorbringen, der für die Vorbereitung zum Kriege von durchaus erheblicher Bedeutung sei.

Haus nahm diese Erklärungen mit Beifall auf.

Der türkisch-montenegrinische Zwischenfall ist sich in ernster Weise zuspitzen zu wollen. Nach Nachrichten, die in montenegrinischen Regierungskreisen eingetroffen sind, ist die Lage der Christen im Districte Gusinje sehr gefährlich. Es heißt, die Türken hätten das Dorf Bresovice nach Vertreibung aller christlichen Einwohner mit Einschuss der Weiber und Kinder besetzt. Ein großer Theil der Vertriebenen soll über die Grenze nach Montenegro gekommen sein.

Inzwischen hat der montenegrinische Gefandte in Konstantinopel, Bakitsch, wegen dieser Vorkommnisse Schritte bei der Pforte getan, um die Aufmerksamkeit auf den Ernst der Lage zu lenken. Betreffend den Zwischenfall in Gusinje wird in Regierungskreisen erklärt, von den dorlichen Lokalbehörden keine Nachrichten darüber erhalten zu haben. In türkischen Kreisen wird erklärt, dass die in prilista inhaftierten Lehrer der serbischen Schule nicht freigelassen werden könnten, weil bei ihnen verdächtige Papiere gefunden wurden.

Vom Boerenkriege.

Der Boerencommandant Jouké, der in die Eingeborenen-Reservate in der Capcolone einfallen war, befindet sich auf dem Rückzuge in der Richtung auf die Drakensberge. Englische Truppen verfolgen ihn. Da er verhältnismäßig offenes Land vor sich hat, ist eine Gefangenennahme nicht wahrscheinlich.

In der gestrigen Sitzung der Commission zur Prüfung der Entschädigungsforderungen der aus Südafrika ausgewiesenen Personen machte Lord Roberts seine Aussagen; bei der Erörterung der Anschläge gegen sein Leben in Johannesburg und Pretoria sagte Lord Roberts, die Anführer der Anschläge seien deportiert worden. Die Beamten und Angestellten der Niederländisch-Südafrikanischen Eisenbahn seien den Engländern sehr feindlich gesinnt. Viele von ihnen seien deportiert worden. Dede Rücksicht sei diesen Leuten erwiesen worden. Er (Roberts) habe persönlich die große Mehrheit der Fälle von Deportation untersucht, mit Ausnahme der Mitglieder des Eisenbahnpersonals, deren Geschick der Verwaltung der britischen Eisenbahn überantwortet worden sei. Er habe keine Deportation genehmigt, ohne sich zu überzeugen, dass genügend Gründe vorlagen. In Erwiderung auf eine Anfrage des österreichisch-ungarischen Vertreters erwiderte Lord Roberts, hinsichtlich der Nationalität sei kein Unterschied gemacht worden.

Wissenschaftliche Bearbeitung des Chinasfeldzuges.

Im Großen Generalstab der Armee hält man mit der Rückkehr des Generalfeldmarschalls Grafen Waldersee und der Zurückberufung des größten Theiles des Expeditionscorps es an der Zeit, alles nur irgend auf diese Expedition bezügliche Quellenmaterial schon jetzt für eine spätere wissenschaftliche Bearbeitung sicherzustellen. In einem an die Truppen und Bezirkskommandeure gerichteten Schreiben lässt Graf Schlieffen mittheilen:

Das amtliche Material (Acten, Gesichtsberichte, Dienststagebücher) wird voraussichtlich schon einen sehr reichen Stoff für spätere wissenschaftliche, auf die Expedition bezügliche Arbeiten darbieten. Die außergewöhnlichen Verhältnisse aber, unter denen die Expedition zu Stande kam und verlief, die leidenschaftliche Theilnahme der gesamten Nation, in günstigem ebenso wie in abweichendem Sinne, machen es erwünscht, die Sammlung des Quellenmaterials nicht auf die Dienstpapiere zu beschränken, vielmehr schon jetzt dafür zu sorgen, dass auch Privatmittheilungen von Theilnehmern der Expedition aller Grade hinzutreten. Der Werth solcher Mittheilungen vergrößert sich, wie hier vielfach gemachte Erfahrungen zeigen, von Jahr zu Jahr und vermag in mancher Richtung geradezu unschätzbar zu werden, wenn die Zeit einer neuen, der Gegenwart fernstehenden Generation gekommen ist.

Demgemäß bittet Graf Schlieffen die Commandeure um nachdrückliche Unterstützung, indem sie die Empfänger von Briesen, Besitzer von Tagebüchern und Erinnerungen veranlassen, diese Papiere dem Generalstab abzuliefern, welcher dafür sorgt, dass sie in seinem Kriegsarchiv eine würdige und dauernde Stätte der Aufbewahrung

finden. Das gesammte abzugebende Material soll als secret behandelt werden, so dass während der nächsten 30 Jahren der Inhalt nur Offizieren des Großen Generalstabes und auch diesen nur zu dienstlichen Zwecken lediglich mit Genehmigung und unter Kontrolle des dem Ariegsarchiv vorgesetzten Abtheilungschefs zugänglich werden darf. Daraus ergiebt sich, dass etwaige schärfere, im augenblicklichen Unmuth oder in einer peinlichen Lage niedergeschriebene Äußerungen und Urtheile kein Hinderniss für die Abtretung bilden können.

Die neueste Mittheilung des Ariegsministeriums über die Fahrt der Truppentransportschiffe lautet: Dampfer „Hamburg“ am 2. Juli in Aden, Dampfer „Sachsen“ am 2. Juli in Singapore angekommen. Beide Schiffe haben an denselben Tage die Reise fortgesetzt.

Das deutsche Truppentransportschiff „Crefeld“, das Truppen nach Shanghai gebracht hatte und leer nach Taku zurückfahren sollte, ist in Shanghai nach Landung der Truppen mit dem englischen Dampfer „Pleus“ zusammengestoßen; beide Schiffe haben Beschädigungen erlitten und müssen ins Trockendock gehen.

Gestern wurde in Paris ein französisches Gelbbuch über die chinesischen Angelegenheiten veröffentlicht. Es enthält 150 Schriftstücke, die vom 18. Oktober 1900 bis zum 18. Juni 1901 gehen, die meisten sind Depeschen, die zwischen dem Minister des Auswärtigen, Delcassé, und dem französischen Gesandten in Peking, Pichon, ausgetauscht worden sind. In einer Depesche vom 19. November 1900 lenkt Delcassé die Aufmerksamkeit Pichons auf Meldungen einiger Zeitungen über die Plünderei und Verstörung der kaiserlichen Gräber seitens der französischen Truppen. Pichon antwortet hierauf am 25. November, dass die kaiserlichen Gräber weder geöffnet noch geplündert worden seien. Die französischen Truppen hätten sie bestellt, um sie zu beschützen und gleichzeitig sollte dadurch eine Pression auf den Hof ausgeübt werden. Am 18. Januar meldet Pichon, dass er sich im Einverständnis mit dem französischen Generalstabe bemüht, die Folgen der Besetzung des Landes durch die fremden Truppen möglichst abzuschwächen und die Bevölkerung zu schützen. Die ergriffenen Maßregeln seien von den chinesischen Einwohnern anerkannt worden und Li-Hung-Tschang habe wiederholt im Namen der chinesischen Bevölkerung seinen Dank ausgesprochen. Die Chinesen hätten nicht nur in Peking, sondern im ganzen Reich verlangt, unter den Schutz der französischen Behörden gestellt zu werden. Die letzten Schriftstücke sind eine Depesche Pichons vom 15. Juni 1901 und eine Antwort-Depesche Delcassés vom 18. Juni. In der ersten heisst Pichon mit, dass sich das ganze diplomatische Corps mit dem Bons-System für die Zahlung der Entschädigungsumme einverstanden erklärt habe. Delcassé antwortet hierauf, dass auch die französische Regierung für dieses System sei und war unter Garantie 1) des Ertrages der einheimischen Zölle, 2) des zur Verfügung stehenden Ertrages aller Zölle, 3) des Ertrages der Salzsteuer. Delcassé fügt hinzu, dass er in diesem Unterstande, welches für alle Regierungen zu gelten habe, welche an der Expedition Theil genommen, eine ernste Garantie sehe, die das Einverständnis unter allen Mächten, welche in China Interessen haben, aufrechterhalten werde.

Das Gelbbuch enthält ferner ein Telegramm des Gesandten Pichon vom 23. Februar d. J. betreffend die von dem englischen Gesandten aufgeworfene Frage der Feststellung der Entschädigungen der Missionen. Pichon erklärt, die Stellung der Missionen sei durch Verträge geregelt. Deshalb sei in dieser Hinsicht kein neuer Grundsatz aufzustellen; die bestellten Gesandtschaften möchten gemäß den bisher von ihnen befolgten Regeln verfahren. Der deutsche Gesandte habe bemerkt, seine Haltung in dieser Frage entspreche der des französischen.

Ein neues Charakterbild Li-Hung-Tschangs.

Die „Deutsch-asiatische Warte“ gibt aus der „North China Daily News“ folgende interessante Einzelheiten über Li-Hung-Tschang wieder: Einer der charakteristischsten Jünglings ist seine Selbstbeherrschung, dieses unbedingte Rüstzeug einer hochgestellten Persönlichkeit, nach der Lehre der Konfuzie. Und wenn die Himmel einfließen, der große Vicekönig würde nicht mit der Wimper zucken. Die Härte seines Gesichtsausdrucks und sein fester Blick bekunden seine Starrheit, die bei einem Manne überrascht, der so weit gereift ist und so viel gesehen hat. Ein anderer charakteristischer Zug ist die abschreckende Höflichkeit, mit der er Andere anredet. Charakteristisch ist ferner seine Gewohnheit, eine Frage durch eine andere zu beantworten. Er ist erfahren in der Stellung von Fragen und ist bereit, sich informieren zu lassen, aber nicht Andere zu informieren. Wenn alle Mandarinen dieselbe Methode adoptieren würden, so würde unweigerlich die Intelligenz der Beamten außerordentlich gesteigert.

Was die zu zahlende Entschädigung anlangt, so versichert er, China könne zahlen, wenn ihm nur gestattet wird, den Zolltarif zu erhöhen und es in der Lage sei, eine auswärtige Anleihe unter günstigen Bedingungen zu sichern. Das beste Heilmittel für die Mission sei die Beendigung der Missionstätigkeit, aber da dieses nicht angeht, so sei das nächst beste Mittel, um ein gutes Einvernehmen in Zukunft zu garantieren, dass die Missionäre sich niemals wieder in persönliche Angelegenheiten und Prozesse ihrer Bekehrten mischen. Es unterliegt keinem Zweifel, meint er, dass China im Stande sein würde, seine Integrität zu wahren und zu behaupten. Die Reformen werden langsam, aber sicher fortschreiten. Auf Jahrzehnte hinaus werde es nicht möglich sein, Chinas natürliche Quellen auszunutzen, da es weder die Leute noch die Mittel für ein dertartiges Unternehmen besitzt.

Indem er auf seine Verantwortlichkeit und die Aufgabe seiner amtlichen Stellung zu sprechen kam, sagte er, es wäre nichts daran zu machen, er habe zu gehorchen — willig oder widerwillig. Das entschuldigt manches, was verurtheilt worden ist. Es liegt jedenfalls etwas Pathetisches sowohl wie Ehrenwürdiges in einem Staatsmann von 79 Jahren, der sich mit den Angelegenheiten seiner Nation beschäftigt in der Zeit ihres Verfalls und ihrer Demuthigung. Die Hoffnungslosigkeit seiner Aufgabe hat den Ton seiner Rede gedämpft und wirkt beklemmend auf seinen Geist. Nur einmal während des Interviews zeigte er eine überraschende Lebhaftigkeit. Ich hatte gewagt, ihn zu fragen, was er denen ant-

worten würde, die ihn in der Presse — besonders in Shanghai — so scharf kritisirt hätten. Von seinem Sitze aufstehend, versetzte er mit zornesprühenden Augen wührend: Ich würde mich nicht erniedrigen, davon Notiz zu nehmen: sie reden notorisches Unsinn.

Deutsches Reich.

Saßnitz, 3. Juli. Der Kaiser ist heute Abend an Bord der „Iduna“ auf der hiesigen Rude eingetroffen. Der „Sleipner“ und die „Hohenzollern“ ließen ebenfalls ein.

* Berlin, 3. Juli. Der Kronprinz hat gestern im Düsseldorfer Stadttheater der Aufführung des „Prinzen von Homburg“ beigewohnt. Er traf Nachmittags ein. Der Besuch erfolgte ohne jede amtliche Form. Oberbürgermeister Marx begrüßte den Gast am Bahnhof und machte alsdann mit ihm und seiner Begleitung eine kurze Rundfahrt durch die Stadt. In der städtischen Tonhalle bot der Oberbürgermeister dem Kronprinzen einen kleinen Imbiss an. Nach dem Mahl geleitete er den Kronprinzen zum Stadt-Theater. Die Rückfahrt nach Bonn erfolgte noch am Abend.

In einem Theile der Presse wurde vor kurzem mitgetheilt, das Reichsmarineamt habe dem Vater des mit der „Gneisenau“ untergegangenen Maschinisten Scher 100 Mk. als Schadensersatz angeboten. Demgegenüber stellt die „Nord. Allg. Ztg.“ fest, dass das Reichsmarineamt, ohne Anträge abzuwarten, den hinterbliebenen der mit der „Gneisenau“ Verunglückten auf Grund amtlicher Erhebungen, welche die Würdigkeit und Unterstützungsbedürftigkeit der Befreienden feststellten, Unterstützungen gezahlt hat.

Hierbei entfielen nach Maßgabe des zur Verfüzung stehenden Fonds auf den Vater des verunglückten Maschinisten Scher, welcher Schieferdecker ist, 100 Mk. Diese Unterstützung hat er abgelehnt und die Summe, welche er als Schadensersatz für die Erziehungskosten seines Sohnes wünschte, mit 6000 Mk. angegeben. Das Unberechtigte einer solchen Forderung, welche von der Marineverwaltung zurückgewiesen wurde, liegt auf der Hand. Scher hat dann noch auf Verwendung der Behörde von der unter Aufsicht des Staatssekretärs des Reichsmarineamts stehenden Marine-Frauengilde eine Unterstützung von 150 Mk. übermittelt erhalten, welche er angenommen hat.

Zum Gumbinner Mordprozess wird der „Nat.-Ztg.“ geschrieben, dass der Hauptzeuge für die Anklage, Dragoner Smoppich, schon vor einiger Zeit von der vierten Schwadron der Wedel-Dragoner zum Dragoner-Regiment König Albert von Sachsen (ostpreußisches Nr. 10) nach Allenstein versetzt worden ist. Die Versetzung muss der commandirende General des 1. Armeecorps verfügt haben, denn das Dragoner-Regiment v. Wedel (pommersches Nr. 11) gehört zur 2. Division und zur 2. Cavallerie-Brigade, die Albert-Dragoner dagegen zur 37. Division und zur 37. Cavallerie-Brigade.

* [Die Kaiserin Friedrich] besuchte, wie man aus Cronberg meldet, gestern Burg Cronberg und besichtigte die Renovationsarbeiten. Nachmittags empfing sie die Prinzessin Margarete, die von Homburg zu Besuch gekommen war.

* [Einfuhr von Pöhlsteifel.] In Bundesrätskreisen wird angenommen, dass die Bestimmungen über die ausländische Einfuhr von Pöhlsteifel vielleicht zum 1. Januar oder 1. April nächsten Jahres in Kraft treten werden.

* [Zur Frage der Heeresverstärkung] äußerte Abg. Müller-Fulda am Sonntag in einer Versammlung der Centrumspartei: Es handelete sich bei der angeblich bevorstehenden neuen Militärvorlage zweifellos um ein Ereignis der Sauren-Gurken-Zeit, und war sei dasselbe in erster Linie eine Machenschaft des Bundes der Landwirthe. Der Kriegsminister selbst denkt am wenigsten daran, da doch eine ganze Reihe von Bataillonen noch nicht die genügende Anzahl von Soldaten aufweise; bevor diese nicht vollzählig sind, sei an eine Vermehrung der Bataillone nicht zu denken.

* [Das Eintreten eines Arbeitgeber-Verbandes für die Festeinrichtung von Mindestlohn] ist für Deutschland eine neue Erscheinung im wirtschaftlichen Leben. Der „Arbeitsmarkt“ berichtet darüber:

Eine Petition an das sächsische Finanzministerium seitens des Dresdener Arbeitgeber-Verbandes für das Baugewerbe verlangt, in Übereinstimmung mit den bisher bekämpften Forderungen der Arbeiter, Mindestlohn bei Ausführung von Staatsbauten. Der Verband ersucht das Ministerium, bei den nächsten Bauverdingungen in die Verträge zunächst versuchsweise eine Lohnclausel aufzunehmen, durch welche der Unternehmer verpflichtet wird, einen bestimmten Lohn zu zahlen. Für die Ausführung dieses Vorhabens dürfte es sich empfehlen, in der Weise zu versuchen, dass zunächst der Lohn für Maurer, Zimmerer und Bauhandwerker festgelegt wird, welchen der betreffende Unternehmer mindestens zu zahlen hat. Mit der Festeinrichtung kann, will man nicht ohne weiteres die vom Arbeitgeber-Verband festgestellten Löhne annehmen, der Gewerberichter beauftragt werden, den das unter Zeichnung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzern aus den betreffenden Berufskreisen keine großen Schwierigkeiten machen wird. Der Vorstand des Arbeitgeber-Verbandes hofft, dass durch eine solche Klausel, wie das auch durch die Erfahrung in anderen Ländern bestätigt wird, die Schleuderconcurrenten in Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs in hohem Grade verringert würde. Er hofft auch auf eine Abnahme der Lohnunterschieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

* [Über die Herstellung der neuen Gewehre Modell 98] war kürzlich gemeldet worden, dass in den staatlichen Gewehrfabriken mit Hochdruck daran gearbeitet werde, damit die ganze Armee möglichst schnell mit der neuen Waffe ausgerüstet werden könnte. Diese Nachricht ist, wie das „B. Z.“ von zuverlässiger Seite erfährt, unzutreffend. Im Gegenthell ist bisher ein neues Infanteriegewehr noch nie in so langsamem Tempo hergestellt worden wie diesmal. Die Gewehrfabriken der Militärverwaltung haben zur Zeit noch nicht einmal den normalen Arbeitersbestand, höchstens den vierten Theil derselben Arbeitskräfte, die je drei bis vier Jahre hindurch mit der Herstellung der Gewehre Modell 71/84 und 88 beschäftigt waren. Es ist auch keinerlei Anordnung ergangen, dass späterhin mit der Fabrikation des Modells 98 eine beschleunigte Betriebstätigkeit eintreten solle. Der Umsfang der Fabrication des neuen Gewehrs richtet sich nach

dem Bedürfniss an Ersatz für die allmählich auszurangierenden Waffen des alten Modells. Auch in einem Feldzuge kann nach Ansicht der Militärverwaltung aus der Verwendung der alten und neuen Gewehre neben einander eine Beeinträchtigung der Kriegstätigkeit unserer Truppen nicht entstehen, da beide Waffen das gleiche Kaliber haben und auch die Munition für beide eine vollkommen gleiche ist.

* [Über den Erziehungsunterricht für die von der Theilnahme am Unterricht im Griechischen befreiten Gymnasiasten und Progymnasiasten] hat der Cultusminister in einem Runderlass an die Provinzialschulcollegien Folgendes bestimmt:

„Von dem auf den Gymnasien und Progymnasien in Untertertia, Oberterria und Untersecunda neben dem Griechischen gestatteten Erziehungsunterricht sind regelmäßig je drei Stunden dem Englischen zuzuweisen; von den übrigen Stunden kommen in der Regel in Untertertia und Oberterria je zwei auf Französisch und je eine auf Deutsch und Mathematik, dagegen in Untersecunda nur eine auf Französisch und zwei auf Mathematik und Naturwissenschaft. Die vom Griechischen befreiten Schüler einer Gymnasialuntersecunda haben befreit Erlangung der Berechtigung für den einjährig freiwilligen Militärdienst die genügende Aneignung der für den Erziehungsunterricht gestellten Lehraufgaben in einer besonderen Prüfung nachzuweisen. Wird die Prüfung nach regelmässiger Theilnahme an dem Erziehungsunterricht für bestanden erklärt, so ist dem Schüler bei einem Gymnasium in dem Abgangszeugnis, bei einem Progymnasium in dem Zeugnis über das Bestehen der Entlassungsprüfung ausdrücklich zu bezeugen, dass er die Reise für die Obersecunde eines preußischen Realgymnasiums besitzt. Ein solcher Schüler darf alsdann unmittelbar in die Obersecunda eines preußischen Realgymnasiums überreten, ohne dass von ihm noch die Ablegung einer besonderen Aufnahmeprüfung zu fordern wäre.

* [Die Pinneberger „Lümmel“-Affäre.] Dieser Tag wurde von einem merkwürdigen Vor kommunist berichtet, dadurch ausgesetzt, dass ein Landrat in Holstein von einem Gastwirth als „Lümmel“ sprach und dass ein Polizeibeamter, der die Thatstelle dieser Beleidigung dem Beleidigten auf dessen Anfrage bestätigte, wegen Verlehung des Amtsgeheimnisses bestraft wurde. Die Lage des Gastwirths, der es als anständiger Mann mit vollem Rechte nicht räthlich fand, zu den vielen Kosten, die ein Gastwirth zu tragen hat, auch noch die landräthliche Eitelheit als „Lümmel“ auf sich zu nehmen, hat jetzt der „Volkszeitung“ aufgefolgt ein Ende genommen in einem Vergleich, den der Beamte und der Bürger mit einander geschlossen haben. Der Landrat hat mit dem Ausdruck des Bedauerns den „Lümmel“ zurückgenommen und die bereits entstandenen Kosten gedeckt.

Atel, 4. Juli. Der Kaiser erhielt dem Oberleutnant Grafen Soden einen dreimonatigen Urlaub zur Wiederherstellung seiner bei den Kämpfen um die Gefechtsfähigkeit in Peking hart mitgenommenen Gesundheit.

* [Posen, 3. Juli.] Ausgenommen aus Posen wurde heute das Dienstmädchen Anna Arol und polnisch bis an die Landesgrenze gebracht. Das Mädchen, eine russische Staatsangehörige, hatte seit Jahren ihren ständigen Aufenthalt in Posen, zahlte Steuern etc.

Gorau, 3. Juli. Heute Mittag wurde hier das vom Bildhauer Weising-Berlin geschaffene Kaiser-Denkmal, Wilhelm I. und Friedrich III. dargestellt, feierlich enthüllt. Der Feier wohnten bei Regierungspräsident v. Puttkamer als Vertreter der Staatsregierung, Vertreter der Behörden und einer zahlreichen Volksmenge. Superintendent Petri hielt die Festrede, worauf der weite Bürgermeister Nürnberg namens der Stadt das Denkmal übernahm und ein Hoch auf den Kaiser ausbrachte. Bei dem Festmahl, das sich an die Feier anschloss, wurden Huldigungstelegramme an den Kaiser und die Kaiserin Friedrich abgesandt.

Frankreich.

Paris, 4. Juli. Die Union Syndicale hat gestern Abend in der Arbeiterbörse eine Versammlung veranstaltet. Die Polizei ließ die aufgehängten rothen Fahnen, sowie eine Tafel mit der Aufschrift „Arieg dem Arieg“ entfernen, es kam in Folge dessen zu einer Schlägerei. Die

ein sehr reges Leben. Viele fleißige Hände sind bemüht, das Innere der Ritterburg für die bevorstehenden Kaiserstage entsprechend einzurichten. Die Firma Siemens u. Halske in Berlin hat jetzt definitiven Auftrag zur Ausführung der provisorischen Fest-Beleuchtung des Schlosses erhalten. Es wird zu diesem Zwecke eine Central-Maschinenstation gebaut, in welcher eine 70-pferdig Locomobile und zwei Dynamomaschinen zur Aufstellung gelangen. Sämtliche Arbeiten müssen bis spätestens 31. August fertiggestellt sein, so daß am 1. September eine Probebeleuchtung stattfinden kann. Am 2. September wird voraussichtlich der Herr Haussmann die Arbeiten im Schloß besichtigen.

* [Zum landwirtschaftlichen Nothstande.] Die Minister für Finanzen, Landwirtschaft und Inneres haben die Landräthe der befreiteten westpreußischen Kreise angewiesen, zur Erlangung der in Aussicht gestellten Staatshilfe schienige Kreistagsbeschlüsse folgenden Inhalts herbeizuführen:

1. Unter der Voraussetzung, daß die Staatsregierung als Beihilfe zur Überwindung der durch die Witterungsverhältnisse der Jahre 1900 und 1901 verursachten Ernteschäden dem Kreis ein Kapital bis zur Höhe von ... Mark (hier ist der nach den Ermittlungen der Landräthe notwendige Betrag anzugeben) zum Zwecke des Ankaufs von Saatgut, Futter-, Streu- und Düngemitteln für bedürftige Landwirthe des Kreises inslos bewilligt, übernimmt der Kreis das überwiegende Kapital selbstständiglich als Darlehen mit der Verpflichtung, es in fünf gleichen Jahresraten am 1. Oktober der Jahre 1903, 1904, 1905, 1906 und 1907 in die zuständige Regierungs-Hauptkasse zurückzuzahlen, jedoch abzüglich eines Betrages von 15 Prozent.

2. Der Betrag von 15 Prozent ist dazu bestimmt, etwaige Zuwendungen zu ermäßigte Preisen oder fonds perdu zu ermöglichen und etwaige Ausfälle bei Wiedereinziehung des Werthes der Naturalbeihilfen zu decken. Sollten die nicht zur Wiedereinziehung gelangenden Beträge sich auf mehr als 15 Prozent des dargelegten Kapitals belaufen, so fällt der Neubetrag dem Kreise zur Last.

3. Die Vertheilung der den bedürftigen Landwirthen in Saatgut, Futter-, Streu- und Düngemitteln zu gewährende Naturalaunterstützung wird dem Kreisausschuß übertragen, dessen Bestimmung es vorbehalten bleibt, inwieweit der Kaufpreis für die fraglichen Zuwendungen zu stunden und ob er teilweise oder ausnahmsweise gänzlich zu erlassen ist.

4. Das von der Staatsregierung bewilligte Kapital ist ausschließlich zum Ankauf von Saatgut, Futter-, Streu- und Düngemitteln ähnlich der im Kreise herrschenden schwierigen Lage der Landwirtschaft bestimmt. Es darf daher zu anderen als den genannten Zwecken nicht verwendet werden. Die gefundene Kaufpreise für die Naturala sind den damit bedachten Landwirthen jinstlos zu belassen. Die Feststellung der Rückzahlungsfristen unterliegt der Bestimmung des Kreisausschusses. Die Beihilfen sind lediglich nach der Bedürftigkeit und Leistungsfähigkeit der geschädigten Landwirthe zu bemessen und sollen dazu dienen, um wirklich bedürftigen die Fortführung des Betriebes zu erleichtern und sie thunlichst in ihrem früheren landwirtschaftlichen Stande zu erhalten.

5. Über die Art der Verwendung des dem Kreise gewährten Staatsdarlehns hat der Kreisausschuß unter Einreichung der Beläge dem Regierungs-Präsidenten alljährlich zum 1. April einen Rechenschaftsbericht zu erstatten.

6. Der Kreisausschuß wird ermächtigt, alle zur Durchführung dieses Beschlusses erforderlichen Maßregeln zu ergreifen.

Diese Kreistagsbeschlüsse sind so zeitig zu fassen, daß die erforderliche Genehmigung durch die in den ersten Tagen des August zusammenentretenen Bezirksausschüsse ertheilt werden kann. Bis zum 15. August müssen die Beschlüsse dem Landwirtschaftsminister gegeben.

Voraussetzung für das Eingreifen des Staates ist die Beteiligung des Provinzial-Verbandes an der Hilfsaktion in der Weise, daß die Provinz einen Hilfsfonds von 10 Proc. der staatlichen Zuwendungen bis zum Höchstbetrage von 500 000 Mark genau unter denselben Bedingungen wie der Staat zur Verfügung stellt. Aus diesem Hilfsfonds sollen auch die grundsätzlich nur ganz ausnahmsweise an Hilfsbedürftige zu gemahrenden Baardariehne, deren Gewährung die Staatsregierung nicht übernimmt, bestritten werden. Die bezüglichen Beschlüsse der Provinzialbehörden sind ebenfalls bis zum 15. August dem Landwirtschaftsminister einzureichen.

* [Abschließung der Nogat.] Zufolge höherer Anordnung sollen Vorarbeiten zur Aufstellung einer Denkschrift für den hochwasserfreien Abschluß der Nogat stattfinden. Nach einer Bekanntmachung der zuständigen Regierungspräsidenten zu Danzig und Marienwerder haben die Grundeigentümmer die für diese Vorarbeiten erforderliche Vornahme von Vermessungen und Anbringung von Vorrichtungen zur Beobachtung des Grundwasserspiegels zu gestalten.

* [Über die neuere Entwicklung der Bernstein-Industrie] In unserer Stadt macht der Jahresbericht des Vorsteheramts der Kaufmannschaft folgende Mitteilungen:

Der Übergang der Gianten u. Becker'schen Werke in den Besitz der Staatsregierung hatte für die Industrie den Vortheil, daß sie endlich rohen Bernstein zur Fabrikation direkt vom Producenten erhielt. Für die weiblichen Arbeiter bedeutet die Lieferung des sortirten Rohmaterials eine erhebliche Erleichterung und eine Besserung ihres Verdienstes um ungefähr 20 Proc. Die Nachfrage nach rohem Ambroid, das hauptsächlich in Wien, Paris, New York zu Preisen verarbeitet wird, bleibt andauernd rege; es bliebt deshalb eine Erhöhung der Preise bevorstehen. Das Bernstein-Perlengeschäft blieb über das erste Halbjahr 1900 hinaus ausfallen still; China fiel wegen der dortigen Wirren mit seinen Aufträgen ganz aus, und die Un Sicherheit der Verhältnisse im Südangebiete wirkte nachtheilhaft auf den Absatz. Von September an aber belebte sich das Geschäft ungemein, und es ist zu hoffen, daß der naheende Winter reichliche Aufträge auf alle Größen von Perlen bringen wird. Die Preise bleiben aber gedrückt, weil die russische Concurrent mit billigsten Öfferten trock der Erhöhung der Preise für das Rohmaterial am Markt steht. Die Nachfrage nach Bernstein-Schmuck wie Broschen, Armbändern etc. wird immer geringer, und die kleinen Fabrikanten, die sich mit deren Herstellung beschäftigen, klagen allgemein. Nach ungefährer Schätzung (da nähere Angaben fehlen) sind im Jahre 1900 mehr als 13 000 Kilogr. Bernstein im Werthe von kaum 200 000 Mk. hier eingeführt und zu verschiedenen Bernsteinwaren verarbeitet worden. Außerdem gelangte, wie in früheren Jahren, noch eine größere Menge geschmolzener Bernstein zur Lackfabrikation an den Markt.

Der Bericht bemerkt schließlich: „Es ist sehr bedauerlich, daß das hierorts in dieser Branche sich breitmachende Innungs- und Kunstgewerbe einen ihm nicht gebührenden Einfluß auf den Gang des Geschäfts gewonnen hat. Wer nicht der Innung, bzw. der von ihr abhängigen Genossenschaft angehört, er-

hält keinen Bernstein. Das zwinge auch die Großbetriebe, der Genossenschaft beizutreten. Der Bedarf an Bernstein aber, den die der Innung in ihrer fröhlichen Gestalt angehörigen und jetzt an der Spitze stehenden, kleinen Handwerker zusammen hatten, beträgt auch heute noch kaum die Hälfte desjenigen eines einzelnen Großbetriebes. Dennoch hat man die Interessen der größeren Fabrikanten gänzlich bei Seite geschoben und durch den Ausschluß der so nothwendigen Bewegungsfreiheit des Einzelnen jede weitere Entwicklung der Industrie lahmgelegt.“

* [Schiffahrtsperre.] Am 8. und 9. Juli d. J. werden in Neufahrwasser im Anschluß an die Torpedobatareübungen der Marine, Übungen im Einbau der Hafensperre stattfinden. Zu diesem Zwecke wird die Hafeneinfahrt in Neufahrwasser am 8. Juli von 4 bis 7 Uhr Nachmittags und am 9. Juli von 8 bis 11 Uhr Abends für jeglichen Schiffverkehr gesperrt werden.

* [Heutige Wasserstände der Weichsel] laut amtlicher Meldung: Thorn 2,00, Tordon 2,12, Culm 2,02, Graudenz 2,60, Kurzbrack 3,02, Piekau 2,90, Dirschau 3,18, Eimagine 2,76, Schlesienhorst 2,58, Marienburg 2,46, Wolfsdorf 2,46 Meter.

Aus Warschau wird heute 1,81 (gestern 1,85) Meter gemeldet.

* [Titelverleihung.] Herr Amtsgerichtsscretär Matkowski ist aus Anlaß seines 50jährigen Dienstjubiläums der Charakter als Kanzleirath verliehen worden. Das bezügliche Patent wurde dem Jubilar heute Mittag von dem die Aufsicht führenden Amtsrichter Herrn Amtsgerichtsrath v. Henking überreicht.

* [Personalien bei der Justiz.] Der Rassirer bei der Justizhauptkasse in Marienwerder, Kanzleirath Knobbe, hat an Stelle seines bisherigen Titels fortan denjenigen als Rechnungsraath erhalten. Den ersten Gerichtsschreibern, Amtsgerichtsscretären Schlüter in Culm und Kleba in Neustadt ist der Titel als Obersecretär beigelegt worden.

* [Personalien bei der Post.] Ober-Postsecretär Michner in Danzig ist bei seinem Scheiden aus dem Dienste zum Rechnungsraath ernannt worden. Dem Landbriefträger Schiemann in Schönau (Kreis Schwedt) ist bei seinem Uebertritt in den Ruhestand das allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden. Ernannt sind: der Hauptmann a. D. Blümner in Rügenwalde zum Postdirector, die Ober-Postdirektions-secretäre Domini in Elbing und Roth in Stettin zu Postdirektoren, die Postsecretäre Gerlach, Haun, Koschmann, Schopfinkel in Köslin, Röding in Danzig, Thomas (früher in Danzig) in Hannover, Wagen in Danzig zu Ober-Postdirectionssecretären, der Postsecretär Drobig in Pr. Stargard zum Ober-Postsecretär, die Telegraphensecretäre v. Heugel in Elbing und Ristow in Thorn zu Ober-Telegraphensecretären. Uebertragen ist die Verwaltung des Postamts in Ortsburg dem Oberleutnant a. D. v. Seydlitz-Kurzbach. In den Ruhestand treten der Postdirector Schäring gen. v. Röthen in Ortsburg (früher in Dt. Eylau), der Ober-Postsecretär Giewert in Thorn, der Postmeister Aahl in Rothenberg Westpr.

A. [Warnung.] In diesen Tagen treibt ein Schwindler in Danzig sein Unwesen, indem er auf Grund einer Bescheinigung des königl. Landrechtsamtes Graudenz (in blauen Umschlag gehetet) Gaben spendt für die angeblich am 24. Mai von einem Brandunglück betroffenen Besitzer W. Behling und August Henkel zu Rondsen (Kreis Graudenz). Unterzeichnet ist das Schreiben: „J. A. Der Kreissecretär Schmidt, genehmigt der Landrat Conrad.“ Nach dem an zuständiger Stelle eingezogenen Erkundigungen ist eine solche Bescheinigung niemals ausgestellt worden. Der betreffende Mensch ist ca. 1,70 Meter groß, trägt einen schwachen röthlichen Vollbart, zeigt eine schlechte Körperhaltung und ist bekleidet mit hellem Jackett und dunklen Hosen.

O [Waarenhaus für Armee und Marine.] Nach dem soeben herausgegebenen Bericht über das 17. Geschäftsjahr des Waarenhauses für Armee und Marine vom 1. April 1900 bis 31. März 1901 betrug die Mitgliederzahl am Ende desselben 49 904 (gegen 47 597 im Vorjahr). Der Ueberfluß beträgt nach bereits erfolgter Abrechnung auf Waaren 228 768,75 Mk., der Reinertrag 192 179,15 Mk., wovon 4 Prozent die Anleihe mit zusammen 95 593,55 Mk. erhalten; für Unterstützung von Offiziers-Wittwen und Witwen sind 4000 Mk. überwiesen, zur Amortisation des Sanatoriumsfonds 44 000 Mk. verwendet und dem Reservefonds ist der gleiche Betrag von 44 000 Mk. zugemessen.

* [Diebstahl.] Die schon achtmal vorbestrafte Arbeiterin Johanna Gitt, geb. Bart, hatte aus einem Hause auf Langgarten ein Kopfkissen im Werthe von etwa 12 Mark gestohlen und als sie dasselbe versehen wollte, wurde sie ergrapt und dem Polizeigeschäft zugeführt.

* [Feuer.] In Langfuhr, in dem Hause Hauptstraße Nr. 107, war gestern Nachmittag ein Schornsteinbrand entstanden, durch welchen auch die Dachverholung in Brand geriet. Das Feuer wurde von der in Langfuhr stationirten Feuerwehr bald gelöscht.

* [Vergebliche Verfolgung.] Wie wir am Dienstag mittheilen, hatte der Arbeiter Wambach den Arbeiter Schröder aus dem Podenhaus'schen Holzfördel erstickt und war dann flüchtig geworden. Gestern Nachmittag tauchte auf der Altstadt das Gerücht auf, daß Wambach sich in der Nähe von Rammbau verborgen halte, weshalb die Polizei eifrig Recherchen anstelle, die aber erfolglos waren, da es sich um eine Verwesung handelte. Wambach ist noch bis heute nicht zu ermitteln gewesen.

* [Veränderungen im Grundbesitz.] Es sind verkauft worden die Grundstücke: Große Bäckerstraße Nr. 2 von der Wittwe Kühn, geb. Schermann, an den Bäckermeister Friedrich Lambeck für 31 500 Mk.; Krebsmarkt Nr. 8 auf Grund Zusätzlagsbeschluß von der Frau Hotelier Anna Schulz auf den pract. Arzt Dr. Magnusson für 99 000 Mk.

* [Schwurgericht.] In dem Prozeß gegen den Gärtnergehilfen Johannes Mawrowski wegen Meineldes, der gestern das Schwurgericht beschäftigte, wurde die den Angeklagten belastende Aussage des Zeugen Hildebrandt nur noch durch dessen Chefrau und das Dienstmädchen Helene Malinowska unterstützt. Alsdann trat jedoch eine ganze Reihe von Zeugen auf, die die Glaubwürdigkeit der Aussage des Zeugen Hildebrandt sehr erschütterten. So wurde festgestellt, daß Hildebrandt Zeugen, die in den vorangegangenen Civilprozessen ungünstig für ihn aussagten, hinterher Vorhaltungen mache, daß sie dies thaten, trotzdem es die Wahrheit war. Auch daß Hildebrandt überhaupt bestritt, den Angeklagten je in unzulässiger Weise mishandelt zu haben, während andere Zeugen öfter gehörig haben, daß der Angeklagte laut schrie, schien wenig glaubhaft. Eine Zeugin hat auch gesehen, daß Hildebrandt den Angeklagten mit einem Anspül drohend verfolgt hat. Was speziell die Sache mit dem Handbuch anbelangt, ob dasselbe, als Hildebrandt damit auf den Angeklagten einschlug, nah über trocken gewesen war, so stehen sich hier die Aussagen des Angeklagten einerseits und des Zeugen Hildebrandt sowie dessen Chefrau andererseits allein gegenüber. Die

Geschworenen verneinten denn auch die Schuldfrage, worauf die Freisprechung des Angeklagten erfolgte. Die heutige Verhandlung ist wieder die Folge einer Messerstecherei. Das Opfer des Messers ist in diesem Falle eine weibliche Person geworden. Am Abend des 16. März d. J. wurde in der Nähe der Markthalle der Arbeiterfrau Alma Kratz, geb. Krause, ein Messerstich am Halse beigebracht, der die große Schlagader verletzte. Die Frau lebte zwar noch 11 Tage mit dieser Wunde, doch war durch die Verlebung der Schlagader der Blutzufluss zum rechten Arm abgesperrt, was zur Folge hatte, daß dieser Arm absterben begann und amputiert werden mußte. Das Absterben des Armes zog dann eine Blutvergiftung nach sich, welche den Tod der Verletzten herbeiführte. Heute steht der 28 Jahre alte, schon 11 mal vorbestrafte Arbeiter Johann Borowski vor Gericht, welchem zur Last gelegt wird, der Arzt der gefährlichen Messerstecherei beigebracht zu haben. Die Vorstrafen hat Angeklagter zum größten Theil wegen Diebstahls erhalten, wegen Körperverleihung ist er nur einmal mit einer verhältnismäßig geringen Strafe belegt worden. Das ihm jetzt zur Last gelegte Verbrechen bestreitet er beginnen zu haben. Nach seiner Angabe hat der Angeklagte als 16 Jahre alter Bursche mit der Verstorbenen intim verkehrt. Das Verhältnis wurde dann gelöst, weil er im Jahre 1898 wegen Diebstahls zu einer zweijährigen Gefängnisstrafe verurtheilt wurde. Als er wieder die Freiheit erlangte, hatte sich seine frühere Geliebte mit dem Arbeiter Aratz verheirathet. Bei dem Angeklagten regte sich nun die Eifersucht. Mit der Verstorbenen kam er zu deren Tochter.

r. Schw. 3. Juli. Nachdem das Hochwasser nun mehr im Falle begriffen ist, lädt sich der Schaden, den dasselbe auf den hiesigen Wiesenländeren verursacht hat, zum Theil schon sehr übersehen. Verselbsttritt weniger die Besitzer, als die Pächter. Diese größtentheils dem Arbeiter- und dem kleinen Handwerkstand angehörig, pachten für schweres Geld sogenannte Rücken, auf Handwagen fahren sie mühsam den Dünge hinaus, bearbeiten mit der Hand den Acker und pflanzen Kartoffeln, um so einen Vorrath für den Winter zu erzielen. Alle diese Ländereien standen unter Wasser und Mühe, Zeit und Geld sind ohne Aussicht auf Erfolg verloren. Auch die auf den Ländereien gepflanzten Zuckerrüben, deren Stand eine reiche Ernte versprach, müssen als verloren betrachtet werden. (Die Verhandlung dauerte bei Schluss des Platzen noch fort.)

* [Schöffengericht.] Der Kaufmann C. Borriss wurde gestern vom hiesigen Schöffengerichte wegen schwerer Beleidigung einer jungen Dame zu einer Geldstrafe von 600 Mk. verurtheilt. Der Prozeß hat infofern einen interessanten Beigefügt, als die zukünftige Schwiegermutter des Angeklagten als die beileidende Auflösung der Beleidigten mitgeheilt hatte und zwar in der Absicht, gegen ihren zukünftigen Schwiegersohn einen Prozeß herbeizuführen. Der noch jugendliche Angeklagte ist mit einer Tochter des Regierungsscretärs Herrn v. Grahl verlobt. Anfänglich waren die Eltern der Braut mit der Verlobung einerseits, später versuchten sie jedoch dieselbe zu lösen. Fräulein v. Grahl blieb jedoch ihrem Verlobten treu. Nun entstand zwischen Schwiegereltern einerseits und Tochter und Bräutigam andererseits ein gespanntes Verhältnis. Dies führte zu der erwähnten Auflösung der Frau v. Grahl, an die betreffende junge Dame und zu dem gestrigen Prozeß. Die Verlobung des Herrn Borriss ist aber dadurch bisher nicht erstickt worden. Uebrigens ließ die Verhandlung erkennen, daß der Angeklagte wohl noch ein weiteres gerichtliches Nachspiel folgen wird.

* [Wochennachweis der Bevölkerungs-Vorgänge vom 23. bis 29. Juni 1901.] Lebendgeboren 44 männliche, 53 weibliche, insgesamt 97 Kinder. Todgeboren 2 weibliche Kinder. Gestorbene (auschließlich Todgeborene): 27 männliche, 23 weibliche, insgesamt 50 Personen, darunter Kinder im Alter von 0 bis 1 Jahr 20 männlich, 2 außerehelich geborene. Todesursachen: acute Darmkrankheiten einfach. Brechdurchfall 10, darüber a) Brechdurchfall aller Altersklassen 10. b) Brechdurchfall von Kindern bis zu 1 Jahr 9. Lungenschwindsucht 4, acute Erkrankungen der Atemorgane 2, alle übrigen Krankheiten 32, darunter Krebs 3 Fälle. Gewaltsamer Tod: Todtschlag 2.

* [Vacanzenliste für Militärwärter.] Vom 1. Oktober bei der Oberpostdirection in Köslin zwei Landbriefträger, je 700 Mk. Gehalt und tarifmäßiger Wohnungsgeldzuschuß. Das Gehalt steigt bis 1000 Mk. — Vom 1. Oktober bei der Oberpostdirection in Köslin zwei Postschaffner, 900 Mk. Gehalt, das bis 1500 Mk. steigt und tarifmäßiger Wohnungsgeldzuschuß. — Von sofort bei der Eisenbahndirection in Danzig zwei Anwärter für den Zugbegleitungsdienst, je 900—1200 Mk. Gehalt und 60—240 Mk. Wohnungsgeldzuschuß. Nach bestandener Prüfung kann Beförderung zum Packmeister oder Zugführer erfolgen, alsdann 1200—1600 Mk. resp. 1200—1800 Mk. Gehalt und 60—240 Mk. resp. 180—540 Mk. Wohnungsgeldzuschuß. — Vom 1. Oktober ebendaselbst zwei Stations-Nachtwächter, je 700 bis 1000 Mk. Gehalt und tarifmäßiger Wohnungsgeldzuschuß. — Vom 1. Oktober beim kgl. Seminar in Angerburg Seminarier, 900 Mk. Gehalt, das bis 1200 Mk. steigt und freie Dienstwohnung. — Von sofort bei der Eisenbahndirection in Königsberg Anwärter für den Weichenstellerdienst, 900—1100 Mk. Gehalt und 60—240 Mk. Wohnungsgeldzuschuß. Nach bestandener Prüfung kann Beförderung zum Weichensteller erster Klasse erfolgen, alsdann 1200—1800 Mk. Gehalt und 60—240 Mk. Wohnungsgeldzuschuß. — Von sofort beim Magistrat in Inowroclaw Registraturgehilfe, 1200 Mk. Gehalt und 10 Proc. Wohnungsgeldzuschuß. Das Gehalt steigt bis 1800 Mk. (Sämtliche Stellen sind nur den mit Civilversorgungsschein versehenden Personen zugänglich.)

* [Polizeibericht für den 4. Juli.] Verhaftet: 8 Personen, darunter 1 Person wegen Diebstahls, 1 Corinische, 1 Bettler. — Obdachlos: 1. — Gefunden: 3 Paar braune Kinder-Lederhandschuhe, 1 Schlüssel, am 2. Juni cr. 1 Kriegsdenkmünze 1870/71, am 17. Juni cr. 1 alte Wanduhr, abgeholt aus dem Fundbüro der kgl. Polizei-Direktion. Die Empfangsberechtigten werden hierdurch aufgefordert, sich zur Gelendmachung ihrer Rechte innerhalb eines Jahres im Fundbüro der königl. Polizei-Direktion zu melden. — Verloren: Am 29. Mai cr. 1 silberne Damen-Remontoiruhrt mit Säbelkette, abgegeben im Fundbüro der königl. Polizei-Direktion.

Aus den Provinzen.

E. Joppot, 3. Juli. In dem Triseurgeschäft des Herrn Jankowski in der Seestraße verunglückte heute Nachmittag eine junge Gehilfin dadurch, daß sie Spiritus in eine brennende Maschine nachgoss. Die Maschine explodierte und überschüttete die Unglücksliche mit dem brennenden Spiritus, die nun hilfesuchend in den Hof lief, wo sie von herbeieilenden Hausbewohnern die brennenden Kleidungsstücke abgerissen wurden. Das Mädchen hatte aber bereits, besonders an den Armen, schwere Brandwunden erlitten und ist dadurch hart für seine Unvorwegsichtigkeit gestraft worden. Der bedauernswerte Vorfall gab übrigens Veranlassung zu Feueralarm durch Signale des Hornisten der freiwilligen Feuerwehr, doch bedurfte es des Eingreifens derselben nicht.

(=) Marienburg, 3. Juli. Der Herr Cultusminister Dr. Stüdt traf heute mit Begleitung der Herren Oberpräsident v. Gohsler und Regierungspräsident v. Holzweide mit dem planmäßigen Juge um 12 Uhr 16 Min. von Danzig kommend, hier ein und wurde von Herrn Landrat Führer, Senff. v. Pilsach am Bahnhof empfangen. Nachdem der Herr Minister noch Herrn Bahnhofsvorsteher Scholz als alten Kriegskameraden begrüßt hatte, wurde am Bahnhof ein kleines Frühstück eingenommen, worauf die Herren zum Schloß fuhren. Hier fand unter Führung des Herrn Geh. Baurath Dr. Steinbrecht und Bauraths-Schmidt eine längere Besichtig

